

Statements zur Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2016

Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben

Konjunkturexperte Dirk Schlotböller

(Martin Wansleben)

Die Konjunktur läuft erfreulich stabil. Die Unternehmen bewerten ihre Geschäftslage Anfang 2016 so gut wie noch nie. Vor allem Handel, Dienstleistungen und Bau machen derzeit gute Geschäfte. Der niedrige Ölpreis, der schwache Euro und die günstige Finanzierungssituation bieten den meisten Unternehmen ungewöhnlich gute konjunkturelle Rahmenbedingungen. Das trägt auch zur Stabilisierung der Unternehmenserwartungen für die kommenden Monate bei. Weitere Verbesserungen werden jedoch schwieriger. Die wirtschaftliche Schwäche Chinas und vieler Rohstoff-Förderländer trübt den konjunkturellen Ausblick. Zudem erreichen die Sorgen der Unternehmen um die „Wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen“ und um den „Fachkräftemangel“ hierzulande Rekordwerte (45 bzw. 43 Prozent). Ähnlich viele Unternehmen nennen hohe Arbeitskosten als Geschäftsrisiko (40 Prozent).

Für **2016** erwartet der DIHK **ein Wachstum von 1,3 Prozent** (Prognose vom Herbst unverändert). Eine solide Entwicklung, wenn auch nicht mehr so dynamisch wie im vergangenen Jahr mit 1,7 Prozent. Einem kräftigeren Wachstum stehen derzeit zu viele internationale und nationale Risiken entgegen. Auch ist nicht damit zu rechnen, dass Ölpreis und Euro nochmals so stark sinken wie im vergangenen Jahr. Die jüngsten **Börsenentwicklungen** zeigen die Verunsicherung in den Märkten. Unter dem Strich sprechen die positiven Geschäftserwartungen jedoch gegen einen Konjunkturabsturz. Auch in der Vergangenheit zogen Kursverluste nicht automatisch Wachstumseinbrüche nach sich.

Auf dem Arbeitsmarkt haben wir durch die große Zahl von Flüchtlingen eine scheinbar gegenläufige Entwicklung: Die **Beschäftigung** nimmt 2016 zwar abermals um etwa **220.000 Stellen** zu (Prognose Herbst: 200.000). Zugleich steigt aber auch **die Arbeitslosigkeit**. Fehlende Sprachkenntnisse und oft geringe oder fehlende Qualifikationen der Flüchtlinge machen die Arbeitsmarktintegration zu einer Aufgabe für die nächsten fünf bis zehn Jahre.

Das sind die wesentlichen Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage vom Jahresbeginn 2016. Grundlage sind mehr als 27.000 Unternehmensantworten, die von den Industrie- und Handelskammern (IHKs) ausgewertet worden sind.

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Vor allem in den binnenorientierten Wirtschaftszweigen Handel und Dienstleistungen sind die Unternehmen mit ihrer **aktuellen Lage** sehr zufrieden (38 Punkte, Rekord).

Der neuerliche Ölpreistrückgang entlastet Betriebe und verschafft den Verbrauchern zusätzliche Kaufkraft. Nur noch jedes vierte Unternehmen sieht in der Entwicklung der „Energie- und Rohstoffpreise“ ein Geschäftsrisiko. Vor drei Jahren hatte noch mehr als jedes zweite dieses Risiko genannt. In der **Industrie** bleibt die Lagebewertung allerdings weit hinter Boom-Jahren zurück (34 ggü. 49 Punkten) – zu schwach war zuletzt die Entwicklung der Exporte in viele Schwellenländer.

Beim Blick auf die kommenden Monate gewinnt gerade die **Industrie** wieder Zuversicht (Saldoanstieg um 4 auf 16 Punkte) – sogar für das Auslandsgeschäft (Saldoanstieg um 4 auf 20 Punkte). Vor allem die Aussichten für Europa hellen sich weiter auf, die US-Konjunktur hat den allmählichen Ausstieg aus der Nullzinspolitik gut verkräftet. Die gesunkenen Ölpreise schaffen weltweit Kaufkraft und stützen den Konsum. Zudem bleibt der Euro-Wechselkurs vergleichsweise niedrig (Rückgang Risiko von 21 auf 19 Prozent). Das kann die schwächere Nachfrage aus Förderländern und aus China zumindest teilweise ausgleichen. Insgesamt bleiben die Exporterwartungen allerdings hinter ihrem langjährigen Durchschnitt zurück.

Alles in allem kann die **Aufhellung der Geschäftserwartungen** der Unternehmen aber die Eintrübung vom vergangenen Herbst nicht vollständig wettmachen. Das liegt vor allem an der Wirtschaftspolitik – in ihr sehen die Betriebe **Konjunkturrisiko Nr. 1**. Fast jedes zweite Unternehmen nennt sie inzwischen **als Risiko für seine geschäftliche Entwicklung** (45 Prozent; Vorumfrage 42 Prozent) – Höchstwert seit erstmaliger Abfrage im Jahr 2010. Einzelne Branchen wie die Finanzwirtschaft (77 Prozent), die Energiewirtschaft (80 Prozent) und der Luftverkehr (81 Prozent) stechen heraus. Insgesamt ist aber auffällig, dass sich die Sorgen branchenübergreifend fast im Gleichschritt erhöhen.

Die Ursachen lassen sich im Wesentlichen in drei Punkten zusammenfassen: internationale Rahmenbedingungen und Europa, heimische Wirtschaftspolitik, Flüchtlingskrise.

International macht die Vielzahl **politischer Konflikte** auch den Unternehmen zu schaffen. Stichworte sind der Nahe Osten, die Türkei oder der Russland-Ukraine-Konflikt. Zudem konnten in Europa zuletzt etliche populistische Parteien Erfolge feiern, die die Fortsetzung der Reformpolitik gefährden. Die Schuldenkrise Griechenlands ist keineswegs gelöst, sondern liegt auf Wiedervorlage. Zudem steht der „Brexit“ im Raume.

Überdies stehen **neuerliche Belastungen durch die heimische Wirtschaftspolitik** an: Auf dem Arbeitsmarkt drohen zusätzliche Bürokratie und engmaschige Regulierung durch ein Entgelt-Transparenzgesetz sowie neue Beschränkungen bei Zeitarbeit und Werkverträgen. Damit würde die Flexibilität wichtiger Instrumente für die Arbeitsteilung und für die Spezialisierung von Unternehmen erschwert. Bei der Erbschaftsteuer rechnet der Bundesfinanzminister selbst mit einer höheren Steuerbelas-

tung von etwa 30 Prozent. Der Sanierungsstau bei der Verkehrsinfrastruktur löst sich nur schleppend, der Breitbandausbau kommt nicht schnell genug voran. Fallende Energie- und Rohstoffpreise entlasten die deutsche Industrie zwar, allerdings internationale Wettbewerber ebenfalls. Dagegen sind die hierzulande steigenden Strompreise eine nationale Sonderbelastung. Weitere 120 Mrd. Euro kommen in den nächsten zehn Jahren auf die Stromkunden zu: Netzausbau, Erdkabel und der Ausbau erneuerbarer Energien. Die Summe der Zusatzkosten für die Wirtschaft steigt somit deutlich.

Eine Rolle bei der Verunsicherung spielt auch die ungelöste **Flüchtlingskrise** – langfristig die enormen Herausforderungen der Integration, kurzfristig drohende Grenzkontrollen und die politischen Konflikte in der EU. Zudem besteht die Gefahr, wegen der Flüchtlingsproblematik andere wirtschaftspolitische Probleme aufzuschieben oder gar Belastungen ohne kritische Diskussion zu verabschieden (Entgelt-Transparenzgesetz, Beschränkungen bei Zeitarbeit und Werkverträgen).

Die wirtschaftspolitischen Sorgen hemmen erfahrungsgemäß die **Investitionen** der Unternehmen. Daher überrascht es nicht, dass die Betriebe ihre Budgets kaum erhöhen wollen. Eine deutliche Investitionsbelebung ist somit leider auch 2016 nicht zu erwarten. Das ist eine schlechte Nachricht, denn in einem so guten Finanzierungsumfeld und angesichts des enormen Nachholbedarfs wären deutlich höhere Investitionen möglich und dringend erforderlich.

Personal wollen die Unternehmen unter dem Strich weiterhin aufbauen (Saldoanstieg um 1 auf 6 Punkte). Die **Beschäftigungspläne** verbessern sich in der Industrie, im Handel und bei vielen Dienstleistern sowie im Bau. Einige wichtige Branchen fahren ihre Planungen jedoch weiter zurück, so der Fahrzeugbau oder das Finanzgewerbe (um 3 bzw. um 6 Punkte). Hemmend wirken neben der Wirtschaftspolitik – einschließlich der immer engeren Arbeitsmarktregulierung – auch Sorgen um steigende Arbeitskosten (40 Prozent). Zugleich suchen die Unternehmen händeringend nach qualifizierten Mitarbeitern – immer öfter vergeblich. So viele Unternehmen wie in keiner bisherigen DIHK-Konjunkturumfrage (seit 2010) sehen den **Fachkräftemangel** als Geschäftsrisiko (43 Prozent) – und zwar in allen Wirtschaftszweigen. Die Flüchtlinge können die Fachkräftelücke auf Sicht nicht schließen. Deutschland braucht weiterhin eine aktive Einwanderungspolitik. Auch die inländischen Potenziale müssen wir noch konsequenter nutzen.

(Dirk Schlotböller)

Bauwirtschaft läuft

Ich möchte Ihren Blick zunächst auf die Baubranche lenken. Die Branche ist bemerkenswert gut durch den Winter gekommen. Der Lagesaldo sinkt vom Herbst nur um zwei auf 41 Punkte – höher hat er zu Beginn eines Jahres in den letzten dreißig Jahren nie gelegen. Die Erwartungen hellen sich deutlicher auf als in den anderen Wirtschaftszweigen. Vor allem Hochbau und Bauausbaugewerbe erwarten bessere Geschäfte (Saldoanstieg um sechs auf zehn bzw. um vier auf sechs Punkte). Diese Sparten profitieren vom anhaltenden Boom beim Wohnungsbau. Hinzu kommt der wachsende Bedarf von Unterkünften für Flüchtlinge. Auch in der Immobilienwirtschaft sowie unter Architektur- und Ingenieurbüros verbessern sich die Geschäftserwartungen (Saldoanstieg von elf auf 15 bzw. von 13 auf 19 Punkte). Die Bauwirtschaft plant zudem mit steigenden Investitionsbudgets – expansiver waren die Pläne zuletzt nur im Vereinigungsboom.

Größtes Geschäftsrisiko der Bauunternehmen ist mittlerweile der Mangel an geeigneten Fachkräften – und dieser spitzt sich sogar noch weiter zu (60 nach zuvor 59 Prozent). Qualifiziertes Personal findet die Branche immer schwieriger, und dann in der Regel zu höheren Kosten – die Arbeitskosten sind deshalb mit 45 Prozent zweitgrößtes Geschäftsrisiko im Bausektor.

Flüchtlingsausgaben Konjunkturimpuls

Nicht nur vom Bau von Flüchtlingsunterkünften, sondern auch durch die Transfer- und Sachleistungen für Flüchtlinge geht ein Konjunkturimpuls aus. Das Sicherheitsgewerbe bekommt ebenfalls zusätzliche Aufträge. Dadurch entsteht kurzfristig ein positiver Nachfrageeffekt, sofern nicht Ausgaben an anderer Stelle gekürzt oder Steuern erhöht werden.

Export: Alte Partner zurück zu alter Stärke

Als Stützen erweisen sich derzeit vor allem die traditionellen Handelspartner Deutschlands: Die EU und die USA nehmen wieder mehr als zwei Drittel der deutschen Exporte ab. Gerade in der Eurozone ernten einige Staaten die Früchte der Reformpolitik der letzten Jahre. Gleichzeitig lässt der Konsolidierungsdruck nach. Hinzu kommt der schwache Euro: Er fördert den Export der Euro-Staaten und damit wiederum den Import von Vorleistungen – auch aus Deutschland. Außerdem verteuert er Importe aus Drittstaaten gegenüber Produkten aus dem gemeinsamen Währungsraum.

Sorgenkinder aus dem größten raus?

Für eine Aufhellung beim Auslandsgeschäft spricht auch, dass sich die schwache Nachfrageentwicklung in China, Japan, Russland oder Brasilien zumindest nicht im gleichen Ausmaß wie im letzten Jahr fortsetzen dürfte. China hat zudem den nötigen geld- und fiskalpolitischen Spielraum, um Rückschläge bei seinem ambitionierten Strukturwandel abzufedern – und nutzt ihn bereits.

Globaler Konsum-Aufschwung ...

Die deutschen Hersteller von Ge- und Verbrauchsgütern profitieren vom weltweiten Konsumaufschwung. Der Exportsaldo in diesem Segment steigt um drei auf 24 Punkte – höher als in anderen Industriebranchen.

... schwache Investitionsdynamik

Insgesamt geht der hohe Konsumanteil beim Außenhandel allerdings mit einer geringeren Dynamik einher – und einer für deutsche Exporteure ungünstigen Struktur. So entwickeln sich die Exporterwartungen im Investitionsgütersegment – traditioneller Export- und Konjunkturtreiber – nicht so dynamisch wie gewohnt. Der Antwortsaldo steigt zwar von 17 auf 21 Punkte, bleibt aber spürbar unter seinem langjährigen Durchschnitt (25 Punkte). Auch sorgt sich hier noch jeder zweite Betrieb um die Auslandsnachfrage – etwas weniger als im Herbst 2015 (52 Prozent), aber deutlich mehr als im Schnitt der bisherigen Umfragen (44 Prozent).

Ölpreiseinbruch auch Krisenindikator

Für sich genommen hilft der Einbruch der Preise für Erdöl und andere Rohstoffe der deutschen Wirtschaft. Zunehmend werden aber auch Alarmzeichen sichtbar: So leidet die Nachfrage in den Förderländern, vielfach noch verschärft durch massive Währungsabwertungen. Dies gilt vor allem für Russland und Südamerika. Sie haben stark auf hohe Rohstoffpreise gesetzt, sind aber beim Aufbau weiterer moderner Industriezweige nicht ausreichend vorangekommen. Die arabischen Staaten haben zumindest Rücklagen aufgebaut, aus denen sie nun die Modernisierung ihrer Wirtschaft und Infrastruktur fortsetzen können. Hinzu kommt: Ein allzu niedriger Ölpreis entwertet Investitionen in Förderanlagen. Massive Abschreibungen und Insolvenzen könnten in der Folge auch den Finanzsektor treffen und insgesamt die Finanzierung von Unternehmensinvestitionen in Mitleidenschaft ziehen. Zudem ist der Preisverfall auf breiter Front zunehmend Ausdruck einer schwachen Weltkonjunktur. In einigen Branchen leiden deutsche Exporteure außerdem unter dem Preisverfall. Darüber hinaus sind die Anreize weiterer Effizienzanstrengungen derzeit gering. Dabei sind energie- und materialsparende Lösungen traditionell Stärken deutscher Hersteller.